

Bezugspreis:
Hieteiljährlich
für Bad Gms 3 M.
bei den Postanstalten
(einschl. Postgebühren)
3 M. 27 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von G. Chr. Sommer,
Bad Gms.

Emser Zeitung



Preise der Anzeigen:
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 25 Pf.
Reklamazeile 75 Pf.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Gms, Adm. Nr. 95,
Fernsprecher Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Lange, Bad Gms

(Kreis-Anzeiger) (Zahn-Vote) (Kreis-Zeitung)
verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 49 Bad Gms, Donnerstag den 27. Februar 1919. 71. Jahrgang.

Eiffelturm-Nachrichten. Die Friedenskonferenz.

Paris, 26. Febr. Die Minister der Verbändemächte kamen am Dienstag 3 bis 6 Uhr nachmittags am Quai d'Orsay zusammen. Nachdem zunächst finanzielle Fragen betr. die österreichisch-ungarische Schuld behandelt worden waren, wurde über den Transport der in Frankreich und Italien gebildeten polnischen Divisionen nach Polen beraten. Die Vornahme einer Revision der durch den Vertrag von Algieras geregelten marokkanischen Frage ist der Konferenz anvertraut worden.

Waffenruhe zwischen Polen und Ukrainern.

Warschau, 26. Febr. Infolge Intervention des Generals Barthelmy und der von der interalliierten Kommission in Warschau nach Venedig entsandten Delegation ist zwischen den Polen und Ukrainern eine Waffenruhe bis zur endgültigen Festlegung der Waffenstillstandsbedingungen abgeschlossen worden.

Die Nationalversammlung.

Weimer, 25. Februar.

Am Regierungstisch: Scheidemann, Noske, W. J. A. Brauns, Landberg, Rob. Schmidt und andere. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min. Es folgt die erste und eventuell die zweite Beratung des von den Abgeordneten Böbe, v. Bayer und Dr. Nießer eingebrachten Gesetzentwurfs über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr.

Abg. Schöpplin (Soz.): Der Antrag ist ein Notbehelf, indem er die vorhandenen zerstückelten militärischen Kräfte organisch zusammenfassen will. Das Gesetz soll Ende März 1920 wieder außer Kraft treten. Eine einheitlich organisierte Truppe wird die vorläufige Reichswehr nicht sein. Sie soll geschaffen werden durch Anwerbung von Freiwilligen und Angliederung der vorhandenen Freiwilligenverbände und Freiwilligenformationen. Notwendig ist auch, daß die Freiwilligen sich einer Kommandogewalt unterstellen. Auch eine starke Disziplin muß die Reichswehr haben. Die Verhältnisse sind ganz ungeheuerlich, und ich scheu mich nicht, zu sagen, daß es einem manchmal wehtut, wenn man sieht, wie aus den Kasernen manchmal Schweinehülle gemacht werden.

Abg. Gröber (Str.): Keine staatliche Autorität kann auf die Dauer bestehen, wenn sie nicht ihre Befehle durchsetzen kann. Die Vertrauensverhältnisse bei den Soldaten dürfen keinen politischen Charakter bekommen. Schaffen wir schnell das Gesetz, damit wir Schutz für Ordnung bekommen. (Beifall.)

Abg. Siehr (Dem.): Die Vorarbeiten für den Wiederaufbau Deutschlands würden vergeblich sein, wenn die Regierung nicht die Machtmittel in die Hand bekommt, um die neue Verfassung zu schützen. Auf welcher Grundlage wir später ein Heer auf allgemeiner Wehrpflicht errichten können, hängt von den Friedensbedingungen ab. Hier handelt es sich um ein vorläufiges aus der Not der Zeit gebornes Gesetz. Euergeiß muß im Innern des Landes für Sicherheit und Ordnung gesorgt werden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Baercke (Dsch.-nat. Spt.): Die Vorlage soll uns in den Stand setzen, dem wachsenden Chaos Einhalt zu gebieten. Die Vorgänge der letzten Wochen sind nichts anderes als weitere Folgen der Revolution. (Sehr richtig!) (Unruhe links.) Sportplatz erhebt jeden Tag freier sein Haupt, und Deutschland wird allmählich ein Trümmerhaufen. Hätte die Revolutionsregierung rechtzeitig scharf eingegriffen und ihre Pflicht getan, die Dinge hätten nicht so weit kommen können. Des Offizierskorps werden wir nie so in denkbare Lage kommen. (Beifall.) Zu militärischen Aufgaben dürfen nur Sachverständige ernannt werden. Freie Wahl dem Tüchtigen. (Beifall rechts, Lachen links.) Die Wehrverwaltung durch Soldatenräte muß aufhören.

Abg. Rusche (Demokrat): Der Zusammenbruch des alten Heeres ist uns tief schmerzhaft. Das alte Heer war für unser Volk eine Schule, die es gerade heute bitter nötig hätte. Wir werden ihm nie vergessen, was es in diesem Kriege geleistet hat. (Beifall rechts.)

Abg. Henke (U. S.): Es wird immer wieder auf die uns vom Osten drohende Gefahr, auf einen Einmarsch der Bolschewisten hingewiesen. (Vehemente Zurufe: Polen!) Würde uns über die außenpolitische Lage im Osten Klarheit geben, so würde sich alsbald herausstellen, daß das nichts als ein Schwindel ist. Diese Vorlage ist ein Stück Wiederbelebung des Militarismus, deshalb bekämpfen wir diesen Gesetzentwurf und lehnen ihn ab. (Beifall bei den U. S.)

Reichswehrminister Noske: Es ist gewiß für eine Regierung, die sich zur Hälfte aus Sozialdemokraten zusammensetzt, unangenehm, daß eine ihrer ersten Maßnahmen die Wiederherstellung einer Heeresmacht ist, sowie die Notwendigkeit, Gewalt anzuwenden. Aber das ist unbedingt geboten. In unseren Medien ist niemals davon gesprochen worden, daß eine Heeresmacht oder die Disziplin im Heere überflüssig sei. Was wir bekämpfen haben, das waren gewisse Einrichtungen des alten Heeres. Wenn Deutschland im Frie-

densvertrag nicht zu etwas anderem gezwungen wird, dann setzt die Regierung sich dafür ein, daß die Ziele des Erfurter Programms verwirklicht werden, welche eine Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit verlangen. Wenn der Friede da ist, können wir an die Verwirklichung der großen Ideen herangehen, die die Sozialdemokratie auf dem Gebiete der militärischen Erziehung hofft verwirklichen zu können. Die Verhältnisse in den Bundesstaaten sind sehr unklar. Weithin ist das Bestreben erkennbar, eine Fortsetzung der früheren Beziehungen auf dem Gebiete des Heereswesens eintreten zu lassen. Zurzeit herrscht auf dem militärischen Gebiet das Chaos. Die alten Formationen sind ganz verwendungsunfähig. Deshalb mußten Freiwilligenverbände aus dem Boden gestampft werden. Auch ich betone, daß das alte Wehrgesetz noch durchaus zu Recht besteht. Selbst wenn die St. Petersburger Regierung nicht die Absicht hätte, Soldaten über die Grenze zu schicken, so ist es mir doch zweifelhaft, ob die St. Petersburger Regierung die bolschewistischen Verbände so in der Hand hat, daß eine Bedrohung Ostpreußens nicht in Frage kommt. Deshalb wäre es ein verbrecherischer Leichtsin, wenn die Regierung nicht nach Möglichkeit auf einen Schnel-Beschluß Bedacht nähme. Die Reichswehr wird nicht ein Drittel der alten Friedensstärke des Heeres betragen. Das ist ein so geringes Maß von militärischer Macht, daß das Ausland wirklich keinen Anlaß hat, mißtrauisch gegen Deutschland zu werden. Ich bedauere es außerordentlich, daß jemand, der bei uns im Lande lebt und mit der Verhältnisse nicht, sich trotzdem dazu entschließen konnte, von dieser Stelle aus ein Warnungssignal an das Ausland ergehen zu lassen, daß die geringe militärische Macht, die wir hier aufstellen wollen, eine Bedrohung des Auslandes sei. Selbstverständlich wird die Versorgung derjenigen, die in die Reichswehr eintreten, den alten Bestimmungen entsprechen. Es ist doch ganz natürlich, daß wir Leute von alter militärischer Erfahrung in erster Linie bei der Aufrichtung der neuen Wehrmacht verwenden müssen. Es wäre eine Torheit, wenn wir anders vorgehen wollten. Die Offiziersfrage einwandfrei zu lösen, wird nicht leicht sein. Selbstverständlich sollen ihre Verhältnisse der Stellung, welche sie einnehmen, entsprechen. Der Satz, bahufrei jedem Tüchtigen, soll in der Deutschen Armee unbedingt Geltung haben. Was die Führer angeht, so will ich noch betonen, daß selbstverständlich die militärischen Führer nicht der Spielball der Mannschaften sein dürfen. Es ist auch ausgeschlossen, daß den Soldaten räten, wie es der Abg. Henke anscheinend wünscht, irgendwelche politische Macht verliehen werden wird, sonst bestände die Gefahr, daß wir eine Prätorianergarde bilden. Der Soldat der Zukunft soll in freiwilliger Unterordnung Gehorsam leisten.

Der Antrag der Mehrheit wird mit folgenden Änderungen angenommen: Im ersten Absatz wird eine Einfügung gemacht, wonach die Offizierslaufbahn bewährten Unteroffizieren und Mannschaften offen stehen soll. Der zweite Absatz wird dahin geändert, daß Offiziere und Unteroffiziere bei der zukünftigen Wehrmacht in erster Linie Berücksichtigung finden sollen.

Die Versammlung verlagert sich am Donnerstag vor-mittag 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. dritte Beratung der Reichswehrvorlage; erste und zweite Beratung eines Übergangsgesetzes; erste und zweite Beratung eines Notgesetzes für Chas-Vorbringen und erste Lesung der Verfassungsvorlage.

Von der Wehrverhältnissekommission.

23. Berlin, 25. Febr. Nachdem die deutschen Kommissionen für Schiffsahrt, Finanz- und Lebensmittelfragen bereits am 23. Februar in Spa eingetroffen waren, teilte General Rudant im Auftrage Hochs in der Vollziehung vom 24. Februar mit, daß die für diesen Tag angedachten Verhandlungen über die mit der Versorgung Deutschlands zusammenhängenden Fragen nicht angenommen werden könnten. Die Zusammenkunft könne nicht vor dem 4. März stattfinden, da die alliierten Delegierten noch nicht im Besitz genügender Unterlagen für die in Betracht kommenden Finanzfragen seien und darüber in Paris berieten. Die verbündeten Regierungen ließen jedoch erklären, daß sie bereit seien, die Handelsüberschüsse, die aus der Verwendung der deutschen Schiffe im Dienste der Alliierten entstehen, als Bezahlung für die Lebensmittel anzuerkennen. Damit sei die wichtigste der ungelöst gebliebenen Fragen erledigt. Deutscherseits müsse man sich klar darüber sein, daß keine Lebensmittellieferung nach Deutschland möglich sei, ehe nicht entscheidende Fortschritte hinsichtlich der zur Verfügungstellung sowohl der deutschen Frachtschiffe als auch der Passagierdampfer gemacht seien.

Deutschland müsse ferner einsehen, daß die baldige Lieferung der Lebensmittel namentlich von dem Zeitpunkt abhänge, zu dem der deutsche Schiffsraum für den Lebensmittellieferung transport verfügbar werde. Im deutschen Interesse liegt es also, wenn die Schiffe sobald und in so großem Umfang als möglich, den Alliierten zur Verfügung gestellt würden.

Der Vertreter der deutschen Regierung teilte im Anschluß hieran mit, daß ihm von den alliierten und Kreisbehörden

des niederrheinischen Kohlenbezirks mehrere Telegramme zugegangen seien, die in engem Zusammenhang mit den selber etwas verschobenen Verhandlungen stünden. Er verlas Auszüge aus Telegrammen. Es wird in ihnen übereinstimmend erklärt, daß die Lebensmittelnot auf das höchste gestiegen ist, und der größte Teil der unterernährten Arbeiter am Ende ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit angelangt ist. Dauerstreiks und Hungerkrawalle seien überall zu befürchten, wenn nicht rasch und ausreichend Lebensmittel beschafft würden. Der Vertreter der deutschen Regierung bemerkte hierzu: Er habe diese Telegramme lediglich zu dem Zweck verlesen, damit die interalliierten Kommissionen an diesem Beispiel sehen, wie hoch die Lebensmittelnot in Deutschland gestiegen ist und zu welchen Zuständen sie führe. Die innerpolitische Lage in Deutschland sei niemals so drohend gewesen wie jetzt. Nicht nur im Ruhrgebiet, aus dem diese Telegramme stammten, sondern auch in den hauptsächlichsten Städten Süddeutschlands hätten die extremen Elemente Oberhand gewonnen oder ständen im Begriff, sie zu gewinnen. Die bolschewistische Gefahr sei größer denn je. Die deutsche Regierung tue alles, um diese Gefahr zu bekämpfen. Aber die einzigen dauernd wirksamen Waffen seien Brot und Arbeit.

Die besetzten Gebiete.

Nach Mitteilungen, die an Herrn General Mangin, Kommandant der 10. Armee, gemacht worden sind, nehmen die Mengen Lebensmittel, die nach den Vorschriften des Ernährungsamtes und den Anordnungen der Kommunalverbände von den Gemeinden an die Stadt Mainz abgegeben werden müssen, ständig ab.

Diese Beobachtung bezieht sich besonders auf die Lieferung von Milch: sei es Vollmilch für die kleinen Kinder, die schwächeren Frauen, die Krankenhäuser, oder Magermilch für die anderen Abnehmer.

Der tägliche Bedarf der Stadt Mainz beträgt 13—14 000 Liter. Während dieselbe früher ungefähr 10 000 Liter betrug, sind die Lieferungen, die für den Zeitraum vom Oktober 1917 bis Februar 1918 13—14 000 Liter betrugen, in demselben Zeitraum von Oktober 1918 bis Februar 1919 auf 10 000 Liter gefallen. Es fehlen also 3—4 000 Liter.

Dieser Zustand ist sehr ernst, da es sich besonders um die Ernährung der Kinder handelt.

Eine Menge verschiedener Umstände haben diesen erheblichen Rückgang in der Milchproduktion hervorgerufen. Es ist aber bestimmt, daß dieser Mangel nicht sein dürfte und daß er auf das Fehlen der Ueberwachung und Kontrolle von Seiten der verschiedenen, für die Versorgung verantwortlichen Behörden zurückzuführen ist.

Herr General Mangin hofft, daß es genügen wird, die verschiedenen verantwortlichen Behörden auf die unheilvollen Folgen der jetzigen Zustände für einen großen Teil der Bevölkerung aufmerksam zu machen, damit Abhilfe geschaffen wird durch eine genauere Befolgung der Vorschriften und besonders durch eine wirksamere Kontrolle.

Er appelliert an die gegenseitige Verantwortlichkeit der Bevölkerung.

Durch Mitteilung dieser Tatsachen an die Bevölkerung, besonders derjenigen der Stadt, bringt Herr General Mangin noch außerdem zur Kenntnis, daß er den Vorsitzenden des Kommunalverbandes der Provinz Rheinpfalz gewarnt hat, daß er nicht zögern wird, gegen die verantwortlichen Behörden Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, falls die an die Stadt Mainz zu liefernden Milchmengen dem festgesetzten Bedarf und den Lieferungsverpflichtungen der Gemeinden nicht entsprechen würden.

Vergütung von Leistungen für die Besetzungstruppen.

23. Berlin, 25. Febr. Dem Vernehmen nach wird, wie schon in der Nationalversammlung von der Reichsregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Gehart (D.-Nat.) in Aussicht gestellt worden ist, der Entschädigung für die Besetzungstruppen in dem besetzten Reichsgebiet demnächst der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Der Bund der Landwirte.

Berlin, 22. Febr. Der Bund der Landwirte hielt seine diesjährige Generalversammlung unter Beteiligung von etwa 3000 Teilnehmern — diesmal nicht im Zirkus Dorch — im großen Saal des Rheingold ab. Herr v. Wangenheim gedachte bei Eröffnung der versammelten Führer des Bundes. Nach Erstattung des Jahresberichts durch Regierungsrat a. D. Dr. v. Volkmann hielt Abgeordneter Dr. Lohmann, Kiel, einen Vortrag über die Zukunft Deutschlands. Er forderte Abbau der Zwangswirtschaft und Förderung der Landwirtschaft als die Grundlage für das Wiedererstehen eines gesicherten Deutschlands. In der angenommenen Entschliessung heißt es u. a.: Unser gesamtes Wirtschaftsleben kann nur wieder erstarken durch Steigerung der Arbeitsproduktivität und Arbeitsleistung. Die Erwerbslosenfürsorge in heutiger Form wirkt dem entgegen. Eine gleichmäßiger Mischung der verschiedenen Wirtschaftszweige eine geeignete Maßnahme sein, um die erforderlichen Kräfte

Streik-Abwehr-Maßnahmen.
3. Nr. 1004 U.
zu die Herren Schürmeyer der Landgemeinden.
Dies den 10. Februar 1919.

unfers Volkes der Heimat zu erhalten. Nur eine blühende Landwirtschaft kann die Grundlage für das Wiedererleben eines gesicherten Deutschen Reiches sein.

Spartakus im Reich.

Der Zustand der Arbeiter in Eisenach ist durch einen kraftvollen Gegenstand der gesamten Bürgerlichkeit niedergedrungen worden. Die Forderungen der Bürgerlichkeit nach Umgestaltung des Arbeiterrats auf gesetzlicher Grundlage, Auflösung der Wachtkompagnie und Waffenabgabe werden durchgeführt.

Lottrop, 25. Febr. Die Regierungstruppen setzen ihr Vorgehen gegen die Spartakiden fort. Es zeigt sich immer mehr, daß deren Truppenmacht auf recht kleinem Gefinde besteht, dem es nur auf Raub und Blünderung ankommt, und das bei erneutem Zugreifen davonläuft. Sehr zahlreich sind darunter die jungen Burjken vertreten. Bei der Aushebung des Spartakidemesties in Sterkrade hatten die Regierungstruppen in Buschhausen ein kleines Gefecht mit den Hamborner Spartakiden, die ihren Sterkrader Genossen zu Hilfe kommen wollten, si aber bald wieder zurückgezogen haben. Bisher sind den Regierungstruppen im hiesigen Bezirk außer zahlreichen Handfeuerwaffen auch mehrere Geschütze und Minenwerfer der Spartakiden in die Hände gefallen.

Von einem Vortropen Bürger wird noch erzählt: Die Spartakiden stellten den Antrag, daß das Amtshaus bis 3.30 Uhr übergeben sein müsse, andernfalls würde die Kanonade eröffnet werden. Der Soldatenrat, in Erwartung der angesagten Regierungstruppen, lehnte die Übergabe ab. Nach dreistündigem Kampfe unterlagen die Sicherheitswehren. Was nun folgte, ist so schrecklich, daß man am liebsten darüber den Schreiber ließe. Der Soldatenrat wurde teilweise erschlagen, der schwerverwundete Polizeikommissar Kiewel wurde den Ärzten unter dem Messer weggenommen und weggeschleppt. Wir Vortropen Bürger richten einen dringenden Hilferuf an die Regierung, diesen grauenhaften Zuständen ein Ende zu machen. Bereits lassen sich viele unglückliche Elemente, durch die hohe Wohnung von 20 Mark (!) angezogen, von den Insurgenten anwerben. Um 20 Mark werden sie Mörder und Räuber.

23. Essen, 24. Febr. Unglaubliche Rohheiten und Verstärkungen sind in den letzten Streiftagen auf den Schachtanlagen des Köln-Neussener Bergwerksvereins verübt worden. Auf den Schächten Frey, Heinrich und Karl wurden insgesamt 50 mit Steinen und Pfeilspitzen beladene Vorläuferwagen in die Schächte gestürzt, so daß die Arbeiter dort vorläufig ruhen muß. Auf Schacht Frey drangen die zum Teil mit Revolvern und Dolchen bewaffneten Spartakiden in die Büros des Betriebsführers und Schichtmeisters und in das Magazin, schlugen die Tür ein, zerstörten die Herdplatten und raubten aus den Schränken 400 bis 500 Hakenstücke und allerhand sonstige Gerätschaften. Es ist geglaubt, die Belegschaft der Schächte Karl, Frey und Heinrich, in infolge der Verstärkung zunächst nicht ausfahren konnten, nach einigen Stunden auf Schacht Anna und durch den Wettersturm aus der Grube herauszuholen.

23. Febr., 25. Febr. Hier ruht die Arbeit infolge des Generalstreiks vollständig. Da das Elektrizitätsnetz der Stromlieferung eingestellt hat wird hier der auf elektrisch betriebene Weichen angewiesene Eisenbahnverkehr mit großen Schwierigkeiten vorläufig aufrechterhalten. Die Wasser- und Gasversorgung der Stadt ist eingestellt worden. Die Zeitungen sind infolge des Streiks gleichfalls am Erscheinen verhindert. Die Bürgerlichkeit der Stadt und Landkreises Febr. will ihrerseits den Generalstreik proklamieren, um die Wiederaufnahme der Arbeit durch die ausländischen Arbeiter zu erzwingen.

23. Plauen, 25. Febr. Nach der Arbeitslosenversammlung besetzten gestern nachmittags bewaffnete Matrosen und Zivilisten nach Entlassung der militärischen Sicherheitswache das Rathaus, die Banken, die Post und andere öffentliche Gebäude. Auch die Kaserne wurde nach Verhandlungen an die Demonstranten übergeben. Die bürgerlichen Zeitungen sind vorläufig am Erscheinen verhindert.

Graf Arco — nicht der Mörder?

21. Weimar, 25. Febr. Prof. Quibbe, Vertreter Bayerns im Staatsanwaltschaftsrat, erklärte, daß nach Informationen, die ihm in Weimar geworden seien, der Mörder des Ministerpräsidenten Eisner nicht, wie bisher gemeldet, ein Graf Arco-Valley, sondern ein bisher unbekannter sei. Diese Annahme wird dadurch bestätigt, daß der Täter eine verkrüppelte Hand aufweist, ein Merkmal, das bei dem richtigen Grafen Arco nicht vorliegt. Eine genaue Beschreibung werde sich erst ermöglichen lassen, wenn die Angehörigen des Grafen, die München fluchtartig verlassen haben, zurückgeführt sein werden.

Der Kampf mit dem Bolschewismus.

23. Amsterdam, 25. Febr. Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ meldet „Morning Post“ aus Archangel, daß die Lage der alliierten Truppen immer besser werde. Sie sind längs der Murman-Petrovavsk-Stettenbahn ein ganzes Stück vorgedrungen. Ein beträchtlicher Teil der feindlichen Streitkräfte wurde außer Gefecht gesetzt. Die Verluste der Alliierten waren gering.

Telegramm Hindenburgs an Ebert.

„Waffenstillstand oder vollständiger Zusammenbruch.“

Aus General-Anzeiger vom 10. Februar, hielt der Präsident der Nationalversammlung, Hindenburg, vor kurzem, in Heidelberg eine Rede, die ganz interessante Einzelheiten über das Zustandekommen des Waffenstillstandes enthält. „Am 11. November befand ich mich mit Ebert, Scheidemann und Landberg im Reichstagspalast. Scholz las uns die Waffenstillstandsbedingungen vor. Sie können sich unsere Gefühle vorstellen! Ein Telegramm der Waffenstillstandskommission stellte uns anheim, die Bedingungen so wie sie auch seien, anzunehmen.“ Ein Telegramm Hindenburgs verlangte sofortige Annahme, da seine Truppen nicht standhielten und er sie auch nicht mehr zusammenhalten könne! Wenn nicht ein sofortiger Waffenstillstand eintrete, wäre er sich gezwungen, mit der ganzen Armee zu kapitulieren. Darauf fragte Ebert: „Wer ist gegen den Waffenstillstand?“ Keine Antwort erfolgte. Ein furchtbares Schweigen herrschte! Ich will hoffen, daß ich mich niemals mehr in einer so schrecklichen Lage befinden werde.

Der internationalisierte Sozialistenkongress.

Bern, 7. Febr. Bei dem Internationalen Sozialistenkongress verlas der Vorsitzende zwei Entschließungen der deutschen Mehrheitsdelegierten. In der einen heißt es: „Die deutsche Sozialdemokratie weist die Entscheidung über die zukünftige staatliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens dem freien Entschluß seiner Bevölkerung zu. Sie will die friedlichen Beziehungen zum französischen Volke zu dauernden gestalten.“ Grumbach (Elsass) schilderte darauf die Art der deutschen Herrschaft im Elsaß, die die Gefinnung der Bevölkerung von Deutschland abgewandt habe. Die deutschen Mehrheitssozialisten hätten bis zum letzten Augenblick das Selbstbestimmungsrecht für Elsaß-Lothringen abgelehnt und sich nur infolge der Niederlage dazu bekannt. Lediglich die Unabhängigen hätten den Mut gehabt, schon früher für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzutreten. Siedelmann habe 1917 in Straßburg versucht, den Landtag zu einer Erklärung zu Gunsten Deutschlands zu bewegen, und diese Erklärung auch teilweise durchgesetzt, mit der die deutsche Regierung dann Mißbrauch getrieben habe. Grumbach verlas dann eine Erklärung der elsass-lothringischen Arbeiterschaft und des elsassischen Gewerkschaftsbundes, die im wesentlichen folgendes besagt: Die elsassische Arbeiterschaft erblickt in dem Anschluß Elsaß-Lothringens an Frankreich seit langen Jahren heißersehnte Erfüllung ihrer Wünsche, in den französischen Staat zurückzuführen. Sie will keine Autonomie, sondern zu Frankreich zurückkehren. Die nächsten Wahlen werden mit erdrückender Mehrheit den unumstößlichen Willen des Volkes zum Ausdruck bringen, nach Frankreich zurückzuführen.

Im Laufe der Sitzung vom 9. Februar protestierte der Delegierte Wells gegen die Zurückhaltung der deutschen Gefinnungen in Frankreich. Kurt Eisner trat aber energisch dazwischen: Nein, sagte er, indem er sich den andern deutschen Delegierten zuwandte, protestieren Sie nicht gegen Sie nicht entzweit! Sie sollten eher bereuen. Deutschland erhält heute, was es verdient hat. Dann erwähnt der Präsident der bayerischen Republik in rührender Weise die Art, mit der die unglückliche Bevölkerung Nordfrankreichs behandelt wurde. Er gibt ein ergreifendes Bild der dortigen Trümmersituation wieder, schildert die planmäßig und mit Vorbedacht angerichteten Verwüstungen an den industriellen Werken. Seien Sie nicht entzweit, wiederholte er heftig und unter lebhaftem Beifall, denn Sie haben den zwangsweisen Abschub tausender unschuldiger Einwohner zugelassen und erlaubt, daß Mädchen und Kinder ohne weiteres ihren Familien entrissen wurden, daß nun die deutschen Gefinnungen dazu verwendet werden, das von Deutschland angerichtete Elend wieder gutzumachen, ist nicht weniger als recht. Es ist dies eine gerechte Sühne. Doch aus Menschlichkeitsrücksichten unterstützt Kurt Eisner die von den Mehrheitssozialisten vorgeschlagene Bitte um Herausgabe der deutschen Gefinnungen, unter der Bedingung, daß Deutschland durch Entsendung freiwilliger Arbeitskräfte an dem Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden mitwirkt.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands

Berlin, 25. Febr. Zu den Meldungen der Pariser Blätter, daß 30 000 Tonnen Speck und 5000 Tonnen Kondensierter Milch nach Deutschland unterwegs seien, erzählt die „Deutsche Allgemeine Ztg.“, daß in Rotterdam tatsächlich zwei für Deutschland bestimmte Lebensmitteldampfer eingetroffen seien. Es sind bereits Verhandlungen im Gange, diese für die Bevölkerung sicherzustellen. Dazu besteht umso mehr Aussicht, als diese Lebensmittel mit Gold und Devisen bezahlt werden können.

Deutschland.

D Die Heimkehr der Ostafrikaner. General von Bettow-Vorbed ist, wie gemeldet wird, auf dem Wege von Bamoua nach Holland. Am 8. März soll der Einzug unserer Ostafrika-Krieger in Berlin stattfinden.

D Der Aufgabenkreis des Reichsverwertungsamts umfaßt zunächst Bestandaufnahme und Verwertung aller reichseigenen Güter, die zur Verwertung freigegeben werden, mit Ausnahme der zwangsverwaltetsten Rohstoffe und Lebensmittel, die von ihren bisherigen Wirtschaftsorganisationen aber unter der Kontrolle von Kommissaren des Reichsverwertungsamts weiterbearbeitet werden. Dazu hat das Reichsverwertungsamt bei der Auflösung der laufenden Verträge der Heeres- und Marineverwaltung und deren Umänderung sowie Umstellung auf Produktion von Friedenswaren mitzuwirken. Es handelt sich hierbei um Milliardenbeträge. Sozial- und wirtschaftspolitisch ist bedeutsam, daß eine radikale Lösung der Verträge, die lediglich Finanzinteressen wahr, Hunderttausende von Arbeitern brotlos machen könnte. Eine andere Aufgabe ist die Verwertung der von den Heeres- und Marinestellen auf gepackten Grundstücken errichteten Baulichkeiten jeder Art, Hallen und maschinellen Einrichtungen, sowie die Liquidierung von denjenigen Betrieben, welche das Reich auf eigenen Grundstücken zur Herstellung von Kriegsbedarf errichtet hat. Aufgaben, die vom Reichsverwertungsamt im Benehmen mit den zuständigen Reichsstellen durchzuführen sind. Es sind deshalb in einer Reihe von Bundesstaaten Zweigstellen errichtet worden, die die Verwertung nach den allgemeinen Richtlinien des Reichsverwertungsamts im allgemeinen selbstständig vornehmen. Die Verwertung im allgemeinen ist, soweit nicht grundsätzliche wirtschaftliche Erwägungen für die Heranziehung von Zentralorganisationen sprechen, durch Veräußerung der Bestände entweder an die Verbraucherkreise unmittelbar oder durch den Groß- und Kleinhandel vorgehen und eingeleitet.

Bayern.

Berlin, 25. Febr. Nach Münchener Meldungen verläutet, daß sich die bayerischen Truppenkontingente mit Ausnahme der Garnisonen in München und Nürnberg gegen die Regierung erklärt haben. Sie fordern in einem Telegramm an den Bürgerausschuß die Wiedereinsetzung des Landtages.

Ähen.

Er mordung des Emirs von Afghanistan. Aus Kabul ist eine Nachricht über den Tod des Emirs von Afghanistan eingetroffen. Einzelheiten fehlen noch, oder es

scheint, daß der Emir in früher Morgenstunden des 20. Februar im Lager von Vaghman überfallen und erschossen wurde. Nach den bisherigen Berichten wurde der Mörder verhaftet. Der Grund des Mordes ist augenblicklich noch unbekannt.

Vermischte Nachrichten.

Er mordung eines Mannheimer Industriellen. Kommerzienrat Adolf Reuther von der Firma Döpp u. Reuther wurde auf dem Wege von der Fabrik nach seiner Wohnung von einem bis jetzt noch unbekannten Mann erschossen. Die Tat geschah in dem Vorort Waldhof. Reuther wollte gerade ins Haus treten, als ihn die tödliche Kugel des Mörders erreichte. Reuther stand anfangs der vierziger Jahre; er hat die von seinem Vater begründete Fabrik zu einem der bedeutendsten industriellen Unternehmen Deutschlands weiterentwickelt; persönlich war er eine liebenswürdige Natur, allerdings hatte er in der letzten Zeit Differenzen mit der Arbeiterschaft. Der Mord erregte in Mannheim allgemeinen Entsetzen. Die näheren Umstände sind noch nicht anzukommen. Ein gefuchter Posten ist offenbar der eines Direktors am Stadttheater in Landsberg an der Warthe. Nicht weniger als 145 Personen haben sich um dieses neu zu besetzende Amt beworben. Darunter befinden sich Oberregisseure großer Bühnen, (Berlin, München, Dresden), Schauspieler, Opern- und Operettenänger, Kapellmeister, Schriftsteller, frühere höhere Offiziere und auch der Theaterdirektor eines kleinen Ortes, der als besonderer Vorzug erwähnt, daß er, seine Frau und seine zwei Söhne darstellerisch tätig sein könnten.

Aus Provinz und Nachbargebieten. 1. Große Verkehrserschwerung. Die Eisenbahndirektion Köln macht bekannt: Auf Anordnung der Internationalen Unterkommision in Köln müssen wegen des Mangels an Kohlen von Dienstag, den 25. Februar ab etwa die Hälfte aller Personenzüge im Eisenbahndirektionsbezirk Köln zeitweise ausfallen. Welche Züge ausfallen werden, ist aus den Anhängen auf den Bahnhöfen zu ersehen.

2. 50% Kohlen erspart im Zeichen der Noth. Unsere Leser werden von der gemeinnützigen Vereinigung „Heimkultur“ Wiesbaden auf eine einfache Vorrichtung hingewiesen, die für Küchengerät und Zimmerheizung eingesetzt die Hälfte Brennmaterial spart und den Vorzug hat, daß sie sich jedermann selbst einrichten kann, wobei für den Küchengerät nur eine einmalige Ausgabe von 1—2 Mark, bei Zimmer- und Küchengerät 3 Mark Unkosten entstehen. Es handelt sich um die Erfindung eines Heimkultur-Mitgliedes, Zeichnungsingenieurs Schneider, die z. B. schon in Saalfeld in 4000 Küchenherden, ebenso in Westdeutschland eingeführt ist und ermöglicht schon mit 4—6 Brennstoffen ein Mittagessen für eine Familie herzustellen und mit 6—10 Zeit ein Zimmer 12 Stunden lang aus Wärme durchzuheizen. In Jena hat man 1000 Herde eingerichtet, ebenso in Weimar, Eisenach und Jena (Thüringen), auch auf vielen Bahnhöfen. z. B. Probstzella, wo man damit den Verbrauch von 8 Zentner Kohlen auf 3 Zentner vermindert. Herr Schneider stellt diese Erfindung dem deutschen Volke durch die „Heimkultur“ kostenlos zur Verfügung. Eine sehr lehrreiche Anweisung zur Einrichtung mit allen erforderlichen Zeichnungen in klaren Zeichnungen wird im nächsten Heft der Heimkultur Zeitschrift: „Im eigenen Heim“ veröffentlicht, das mit Anleitungen für die billige Volkskochen-Vorrichtung (Schüssel) und Hausheizen für 1,20 Mark von der Geschäftsstelle in Wiesbaden verschickt wird.

3. Vierkalt, 24. Febr. Die hiesigen Hausbesitzer werden aufgefordert, jede leerstehende Wohnung bei dem Haus- und Grundbesitzerverein sofort anzumelden, ansonst zwingt die Vermietung der leerstehenden Wohnungen erfolgen wird.

4. Gassel, 22. Febr. Groß-Hessen. Entzogen der auf weite Volkskreise Hessens sich erstreckenden Strömungen zur Vereinigung Kurhessens mit Hessen-Darmstadt und der Schaffung eines Groß-Hessens auf politischer, ethnographischer und geographischer Grundlagen wird hier gegen die Bildung eines großhessischen Freistaates und gegen die Feststellung Preußens Stellung genommen. Dagegen erheben zahlreiche kurhessische Teile schärfsten Einspruch: sie verlangen Vereinigung mit den Gebieten des Großherzogtums, ganz besonders wird die Forderung auf Vereinigung aus dem Bezirken Oberhessen, der Hanauer Gegend, aus Mainburg, Kirchhain, Gelnhausen, Reusbach, Schlüchtern, Fulda, erhoben. Gegen die Beschlässe des Casseler Landesausschusses, der sich gegen die Vereinigung der hiesigen preussischen Teile Hessens ausgesprochen hat, werden die vielfachen historischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden hiesigen Landesteile geltend gemacht, deren Vereinigung in einem Freistaat Groß-Hessens die dringendste Forderung der hiesigen Bevölkerung sei.

5. Aus Bad Gms und Umgegend. Das Postamt teilt uns mit, daß künftighin Reise-Ausweise in beschränktem Umfang ausgestellt werden. Ausweise dürfen nicht mehr unbeschränkt für die Kreise Unterlahn und St. Goarshausen ausgestellt werden. In der betreffenden Spalte der Ausweise dürfen nur 3 Orte angegeben werden, z. B. Dausenau, Nassau, Oberlahn im Kreise Unterlahn oder z. B. Bracht im Kreise St. Goarshausen. Für den Einkauf von Lebensmitteln wird der Ausweise nur einmal die Woche gegeben werden. Ausweise, die für das besetzte Gebiet lauten, ohne daß Ortsnamen angegeben sind, haben keine Gültigkeit.

6. Holzverkauf. Bei der am 22. d. Mts. in dem hiesigen Stadtwaale abgehaltenen Holzversteigerung, die bekanntlich nur für Emser Einwohner bestimmt war, wurden die höchsten Preise von diesem Winger erzielt. Bemerkt muß werden, daß auch nur Holz von besser Güte zum Verkauf kam. Es wurden geboten für 4 Rm. Buchenstammholz bis zu 24 Mark. Gegen Schluß der Versteigerung waren die Preise etwas zurückgegangen. Die Versteigerung ist sofort genehmigt worden. Wie wir erfahren, soll die nächste Versteigerung vorwiegend für Holz zum Aufarbeiten sein; auch bei dieser Versteigerung kommt nur gutes Holz zum Ausbrot. Die Zählungen mußten einstweilen auf Befehl eingestellt werden. Da die Holzhaue dadurch bis auf weiteres ohne Beschäftigung sind, ist den Holzhaueern Gelegenheit gegeben, das Holz durch geübte Männer aufzupreisen zu lassen. Aufgekauft ist, zum Verbrennen weggeführt worden.

Der...
5 bis...
in den...
machung in...
„En...
fets bei...
Bleist...
Diesen...
ges im...
Bericht...
finden, die...
verpflichtet...
Diese...
haltung...
auf dem...
verfüglich...
ihre...
Gegenständ...
oder von e...
stammen, da...
eine solche...
wollner nach...
nicht anger...
besteht zu...
Dies...
Der Ch...
Bekann...
Mittel...
Blut gebr...
Ehe die...
In de...
geblieben...
Jahre...
hat, der...
nicht dami...
Geld! We...
vergleichen...
Dank do...
hof und...
Die...
hat ihre...
noch 50...
gleichen!...
Bad...
Der Ch...
Beitrag...
Die...
2 der...
betreffend...
Hess-Pol...
tens bi...
hüme, je...
schönen...
Das...
brennen...
Bad...
Der C...
Auf...
vom Ein...
haben...
werden...
fest eing...
haben...
Schlagung...
gähre v...
Ante...
L. Jo. b...
den, wir...
beachtete...
keine G...
gemeine...
werden...
Ba...
Der C...
preiswe...
Chr...

Aus Diez und Umgegend.

Verkehr. Von heute ab ist der Verkehr von morgens 5 bis abends 9 Uhr zugelassen, Donnerstags und Sonntags 6 bis abends 9,45 Uhr. Dranienstein ist wieder in den Gemeindebezirk einbezogen. Näheres in der Bekanntmachung in heutiger Nummer der Zeitung.

Bestellungen

auf die
„Emser und Diezer Zeitung“
werden für den
Monat März 1919

bei der Geschäftsstelle, den Postanstalten sowie bei den Briefträgern entgegengenommen.

Bekanntmachung.

Diesigen Personen, welche sich seit Anfang des Krieges im Besitze von Möbeln, Kunstgegenständen, Juwelen, Wertgegenständen jeglicher Art, Kleidungsstücken, Büchern, usw. befinden, die aus Frankreich oder aus Belgien stammen, sind verpflichtet, dieselben bis spätestens 1. März 1919 anzumelden.

Diese Anmeldung wird der französischen Militärverwaltung (Administration Militaire du Cercle) eingereicht oder auf dem Bürgermeisteramt abgegeben. Von da aus wird sie unverzüglich der Militärverwaltung weitergegeben.

In ihrem eigenen Interesse müssen die Inhaber solcher Gegenstände, die eine Bescheinigung von dem früheren Besitzer oder von einer deutschen Zivil- oder Militärbehörde vorlegen können, daß sie im rechtmäßigen Besitze der Gegenstände sind, eine solche der Anmeldung beifügen. Werden bei einem Einwohner nach dem 1. März 1919 Gegenstände vorgefunden, welche nicht angemeldet worden sind, so läuft derselbe Gefahr, streng bestraft zu werden.

Diez, den 26. Februar 1919.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
A. Graignic, Rittmeister.

Bekanntmachungen der Stadt Bad Ems.

Aufruf!

Mitbürger! Das wirtschaftliche Leben muß wieder in Fluß gebracht werden. Dazu hilft uns nur die Arbeit. Ohne die geht's nicht!

In der langen Kriegszeit ist überall viel Arbeit liegen geblieben. Jetzt geht der letzte Kriegswinter zu Ende und das Frühjahr naht. Wer irgend eine Arbeit zu vergeben hat, der tue es jetzt und schaffe Arbeitsgelegenheit. Er muß damit dem Vaterland und der Vaterstadt mehr als durch Geld! Wenn auch nicht gleich größere Arbeiten, Bauten und dergleichen sind — auch kleine Arbeiten helfen der Not wehren. Denkt daran: „Wiel Wenig macht ein Viel!“ In Haus und Hof und Garten läßt sich eine Masse Kleinarbeit schaffen.

Die Stadt ist mit gutem Beispiel voran gegangen, sie hat ihre Betriebe wieder voll aufgenommen und außerdem noch 50 Notstandsarbeiter eingestellt. Mitbürger! Tuet desgleichen!

Bad Ems, den 13. Februar 1919.

Der Magistrat.
Dr. Schubert.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
A. Graignic, Rittmeister.

Beseitigung abgestorbener Bäume und dürren Ästen und Misteln an Obstbäumen.

Die Obstbaumbesitzer werden hiermit auf Grund des § 2 der Regierungs-Polizei-Verordnung vom 5. 1. 1897, betreffend die Behandlung der Obstbäume, und des § 7 der Polizeipolizei-Verordnung vom 6. 5. 1882 aufgefordert, spätestens bis zum 20. März 1919, die abgestorbenen Obstbäume, sowie die dürren Äste, Abstumpfen und Misteln zu beseitigen.

Das dürre Holz ist alsbald wegzuräumen oder zu verbrennen.

Bad Ems, den 11. Februar 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
A. Graignic, Rittmeister.

Neubelegung eines Friedhofsteiles.

Auf dem städtischen Friedhof soll das Grabfeld rechts vom Eingang, auf dem die in den Jahren 1878 bis 1897 verstorbenen Kinder beerdigt sind, zur Neubelegung hergerichtet werden. Die in diesem Teil belegenen Gräber werden daher jetzt eingezogen, soweit nicht von den Angehörigen der Verstorbenen für die Dauer der nächsten Begräbniszeit die Uebertragung der Grabstelle beantragt und die Uebertragungsgebühr von 50 Mark bezahlt wird.

Anträge auf Uebertragung müssen bis zum 1. März 1919, bei dem Magistrat eingereicht werden.

Soweit Anträge auf Uebertragung nicht gestellt werden, wird den Angehörigen der in dem vorbezeichneten Feld beerdigten Verstorbenen anheimgegeben, die vorhandenen Grabsteine, Einfriedigungen usw. bis zum 25. März 1919, wegzunehmen, andernfalls diesfalls darüber Verfügung getroffen werden wird.

Bad Ems, den 13. Februar 1919.

Der Magistrat.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
A. Graignic, Rittmeister.

Cigarren

(für Wiederverkäufer)

preiswert abzugeben.

Chr. Hassenkamp Ww., Diez, Coblenzerstr. 2.

Danksagung.

Für die überaus vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen, sowie für die schönen Blumenspenden sagen wir auf diesem Wege unsern innigsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:

R. Wichtrich.

Bad Ems, den 26. Februar 1919.

[802]

Statt besonderer Meldung.

Am 14. Februar wurde uns unser geliebter Sohn

Walter v. Elpons

Rechtskandidat

in Bad Oeyenhausen nach kurzem, schwerem Leiden durch den Tod entrissen.

Diez, den 25. Februar 1919.

Postdirektor v. Elpons u. Frau.

[904]

Bekanntmachungen der Stadt Diez.

Lebensmittelstelle für den Stadtbezirk Diez.

Freitag, den 28. Februar 1919:

500 Gramm Marmelade auf Abschnitt 24

200 Gramm Goupen auf Abschnitt 25

der Lebensmittelkarte in allen Geschäften.

Fleisch und Fleischwaren. Verkaufsstellen in dieser Woche die Hagerien Fried, Hassenkamp, Ad. Magheimer, Jul. Magheimer und Nold.

Samstag, den 1. März 1919:

Speck gegen den in dieser Woche fälligen Abschitt der Fettkarte in den Butterverkaufsstellen.

Ausgabe von Butter an Kranke bei E. F. Burbach.

Umtausch der Lebensmittelkarten, vorm. 7^{1/2}—11^{1/2} Uhr (n. B.)

Familien, welche die Lebensmittel bis Samstagabend nicht abgeholt haben, verlieren den Anspruch auf den Bezug derselben.

Bekanntmachung.

Vom Montag, den 24. Februar d. Js. ab ist der Bevölkerung von Diez gestattet, sich von morgens 5 Uhr bis abends 21 (9) Uhr französische Zeit frei in den Straßen zu bewegen. Für Donnerstags und Sonntags ist die Polizeistunde auf 21,45 (9,45) Uhr abends französische Zeit verlängert. Ferner ist von Dienstag, den 25. Februar ab Dranienstein wieder in den Gemeindebezirk einbezogen. Die Ausgänge werden entsprechend bewacht. Die Zivilbevölkerung kann zwischen Diez und Dranienstein frei passieren, und zwar während der oben festgesetzten Zeit.

Diez, den 25. Februar 1919.

Der Magistrat.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
A. Graignic, Rittmeister.

Bekanntmachung.

Sämtliche Bewohner von Diez — Eisenbahn-Arbeiter und Beamte ausgenommen — welche mit Dauerpässen versehen sind, haben diese umgehend zur Nachprüfung auf dem Bahnhofs vorzuzeigen.

Diez, den 25. Februar 1919.

Der Bürgermeister.

Scheuern.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
A. Graignic, Rittmeister.

Kreisverband für Handwerk und Gewerbe Unterlahn.

Leimversorgung.

Anmeldetermin nur 1. bis 15. März 1919, spätere Anmeldungen verzögern die Versorgung, machen sie sogar untunlich. Noch nicht Versorgte aus vorheriger Anmeldung werden um Neuanschreibung gebeten, weil vorherige Anmeldungen vielfach in Postverlust geraten sind.

Anmeldungen an Geschäftsstelle Auchenbuch, Diez, Draniensteinerstraße 11.

[873]

Rabeljan und Schellfische

frisch eingetroffen. Der Verkauf findet heute nachmittag von 2—6 Uhr statt. [906]

Albert Ranth, Bad Ems.

Offerierte:

Salz- u. Essigarten,
Winterkohl, gelbe Rüben, rote Rüben, Sellerie, Lauch, sowie alle anderen Gemüse zu den billigsten Preisen.

Heinrich Umsonst, Ems,
Winterbergstr. 2. [903]

Cand. phil. oder theol.

zu Osnabrück auf 1 Jahr in eine evang. Familie auf's Land als

Haushälter

gesucht, um mit 2 Jungen den Stoff der Untertertia (Real) durchzuführen. Gest. Angebote unter D. 50 an die Geschäftsst. [901]

Ein Junge

für Gartenarbeit gesucht. [897]
Näheres Geschäftsstelle.

Ein sauberes

Mädchen

gesucht. [895]
Römerstr. 31, Bad Ems.

Stundenfrau

oder Mädchen

für sofort gesucht. [865]
Zahnstraße 37, Ems.

Bruder

Mädchen

für sofort nach Diez gesucht. [900]
Näheres Geschäftsstelle.

Suche zum 1. März

Mädchen

zur Hilfe in der Wirtschaft. Gasthaus zum Anker, Eulzbach. [881]

Ein Wagen

frischer Pferdewisch

zu verkaufen. [898]
Post- u. Gemüschandlung Müller, Ems.

F. 2/19/1

Aufgebot.

Der Notariatssekretär Heinrich Weinand in Coblenz, Eulstraße 11, hat als Nachlassverwalter der am 27. Februar 1918 in Frankfurt a. M. verstorbenen, zuletzt in Bad Ems, Zahnstraße 25, wohnhaft gewesenen Witwe Josef Schäfer Sophie geb. Mellin das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung von Nachlassgläubigern beantragt.

Die Nachlassgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlass der verstorbenen Witwe Josef Schäfer spätestens in dem auf

den 3. Mai 1919, vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebots-terminen bei diesem Gericht anzumelden.

Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten. Urkundliche Beweisstücke sind in Urchrift oder in Abschrift beizufügen.

Die Nachlassgläubiger, welche sich nicht melden, können, unbeschadet des Rechtes, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen hinsichtlich zu werden, von den Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Ueberschuß ergibt. Auch haften ihnen jeder Erbe nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit.

Für die Gläubiger aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen sowie für die Gläubiger, denen die Erben unbeschränkt haften, tritt, wenn sie sich nicht melden, nur der Rechtsnachteil ein, daß jeder Erbe ihnen nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit haftet.

Bad Ems, den 20. Februar 1919.

896

Das Amtsgericht.

Lumpen!

Durch kolossale Knappheit an Rohstoffen sind Lumpen im Wert bedeutend gestiegen. Ich zahle für

Lumpen, Wollgestricke und Rentnuchabfälle

enorm hohe Preise.

Ebenso zahle für alle Sorten alte Metalle, Eisen usw. die höchsten Preise.

Hermann Thalheimer, Bad Ems,
Bleichstraße 4. Telefon 15. [882]

Wichtig für Selbstversorger u. Kommunalverbände.

Wir verarbeiten in unserer modern eingerichteten neuen **Hafermühle** gegen Mahlschein Hafer auf

Ia. Flocken u. Grütze.

Die Flocken können gleich mitgenommen werden.

Andernacher Mühlenwerke G. m. b. H.

Andernach. [848]